



Fractionen im Rat der Stadt Herzogenrath
Rathausplatz 1
52134 Herzogenrath

Stadt Herzogenrath

- Herrn Bürgermeister von den Driesch
- - im Hause

29.09.2014

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir bitten um Abstimmung der nachfolgenden Resolution in der nächsten Sitzung des Stadtrates.

TTIP- Abkommen Unsere Erwartungen an die transatlantischen Freihandelsgespräche

Die laufenden Verhandlungen über ein transatlantisches Freihandelsabkommen (TTIP) haben eine intensive gesellschaftliche Debatte über Chancen und Risiken eines solchen Abkommens angestoßen. Viele Menschen verbinden mit den TTIP-Verhandlungen erhebliche Sorgen. Vor allem haben sie die Befürchtung, dass durch TTIP bewährte Rechte und Standards in Europa (etwa bei Arbeitnehmerrechten, dem Verbraucher, Umwelt- und Gesundheitsschutz, der öffentlichen Daseinsvorsorge, bei Kultur, Tierschutz oder bei Lebensmitteln) unterlaufen werden könnten. Diese Sorgen nimmt der Rat der Stadt Herzogenrath sehr ernst.

Der Rat der Stadt Herzogenrath stellt fest, dass die in unserem Land verankerten wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Standards erhalten bleiben müssen.

Das Abkommen muss seinen Wert umgekehrt darin beweisen, dass es zu Fortschritten beim Schutz von Arbeitnehmerrechten, dem Verbraucherschutz und nachhaltigem Wirtschaften im globalen Maßstab beiträgt. Ein transatlantisches Handelsabkommen kann die Chance eröffnen, dass mit Europa und den USA die zwei größten Handelsräume weltweit zusammenwachsen und Maßstäbe setzen, mit der Zielsetzung einer Ausweitung auf den gesamten globalen Wirtschaftsraum.

Angesichts der ungeklärten Fragen und großen Sorgen vieler Menschen, von Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, Verbraucherverbänden und Bürgerinitiativen ist es dringend notwendig, dass die Verhandlungen über TTIP mit größtmöglicher Transparenz geführt werden und möglichst viele Menschen sowie Gruppen der Zivilgesellschaft einbeziehen.

Der Rat der Stadt Herzogenrath fordert die Bundesregierung und die EU deshalb auf, dass die TTIP-Verhandlungen breit, kritisch und öffentlich begleitet werden.

Der Rat der Stadt Herzogenrath begrüßt es, dass sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat eine intensive Beschäftigung mit TTIP eingesetzt hat und fordert eine offene Diskussion in Fragen u.a. zu

- der Entwicklung gemeinsamer Standards für Innovationen bei Zukunftstechnologien und Leitmärkten
- dem Schutz von Arbeitnehmerrechten, dem Erhalt von Mitbestimmung und Tarifautonomie sowie den ILO-Kernarbeitsnormen
- dem Erhalt eines hohen Niveaus beim Verbraucher-, Umwelt-, Gesundheits- und Tierschutz sowie bei Lebensmitteln
- dem Erhalt kultureller Vielfalt, der öffentlichen Kultur- und Medienförderung sowie Fragen zum Datenschutz und zu den Aktivitäten ausländischer Geheimdienste
- der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Gewährleistung ihrer Qualität und eines freien Zugangs zu entsprechenden Dienstleistungen.

Der Rat der Stadt Herzogenrath erwartet:

- die Transparenz und Einbeziehung von Bürgern und Zivilgesellschaft und des Zugangs zu den Verhandlungsdokumenten
- eine Einstufung des Abkommens als „gemischtes Abkommen“ und daran anknüpfend die demokratische Legitimierung über eine Ratifizierung durch das Europäische Parlament ebenso wie durch die nationalen Parlamente.

Ferner sieht der Rat der Stadt Herzogenrath die Rechte als Kommune beschnitten, sofern das TTIP

- Investor-Staat-Schiedsverfahren mit für die Kommunen unkalkulierbaren Risiken etwa bei Fragen der Eingriffsverwaltung (z.B. Genehmigungsaufgaben)
- Einschnitte in die kommunale Selbstverwaltung durch Beschneidung der Organisationsfreiheit und der Möglichkeit der Regulierung von Ansiedlungen
- keine grundsätzliche Ausnahme der öffentlichen Daseinsvorsorge vom TTIP
- Einschnitte in die Subventionsmöglichkeiten der Kommunen sowie
- Einschnitte in die Spielräume der kommunalen Beschaffungspolitik

vorsieht und würde ein solches Freihandelsabkommen entschieden ablehnen.

Ein Freihandelsabkommen darf nicht dazu führen, dass europäische Standards etwa im Arbeits- und Umweltrecht, beim Daten- oder Verbraucherschutz in Frage gestellt oder Investoren vor internationalen Schiedsstellen rechtsstaatliche Standards und demokratische politische Regelungen zum Schutz von Gemeinwohlzielen aushebeln können.

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard Neitzke
Fraktionsvorsitzender
SPD-Fraktion

Reimund Billmann
Fraktionsvorsitzender
CDU-Fraktion